

# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 90 Rp.

## AKTUELL

### Das Päckchen Zigaretten kostet 20 Rappen mehr

Bern (AP) Raucherinnen und Raucher müssen ab heute Mittwoch tiefer in ihren Geldbeutel greifen. Das Päckchen Zigaretten kostet neu 20 Rappen mehr. Der Bundesrat hatte im vergangenen Oktober auf den 1. März die Tabaksteuer um rund 15 Prozent angehoben.

Der Bund erhofft sich durch die Steuererhöhung Mehreinnahmen von 150 Millionen Franken.

### Kokainring mit Schweizer Ausläufer gesprengt

Varese/Lugano (AP) Die italienische Polizei hat einen internationalen Kokainring mit einem Ausläufer in die Schweiz gesprengt und 13 Kilo Kokain beschlagnahmt. Ein Schweizer und vier Italiener gingen in Varese (I) in die Falle, als sie von getarnten Polizisten Stoff kaufen wollten.

### 1994 vier Tote bei Armeeverkehrsunfällen

Bern (AP) Bei Verkehrsunfällen mit Armeefahrzeugen sind 1994 vier Menschen getötet worden. Die Zahl der Verkehrsunfälle blieb gegenüber dem Vorjahr praktisch stabil. Unvorsichtiges Rückwärtsfahren bildet nach wie vor die häufigste Unfallursache, wie das Eidgenössische Militärdepartement (EMD) am Dienstag mitteilte.

Insgesamt wurden 1217 Unfälle im militärischen Strassenverkehr registriert, fünf mehr als noch 1993. Tödlich verunfallt sind 1994 ein Armeeangehöriger (1993: 0) und drei Zivilpersonen (1993: 2).

### Bund mangelndes Verständnis vorgeworfen

Bellinzona (AP) Die Tessiner Kantonsregierung wirft dem Bund mangelndes Verständnis für die Probleme des Südkantons vor. In einem am Dienstag veröffentlichten Schreiben fordert der Regierungsrat ein Treffen mit dem Bundesrat, um die kritische wirtschaftliche Situation des Kantons darzulegen und über Hilfsmassnahmen zu diskutieren.

### Vor der Entlassung ist Verwarnung notwendig

Lausanne (AP) Ein krank gemeldeter Arbeitnehmer darf ohne vorherige Verwarnung nicht fristlos entlassen werden. Dies hält das Bundesgericht in einem am Dienstag veröffentlichten Urteil fest. Eine entlassene Verkäuferin muss deshalb entschädigt werden.

Nach fast zweijähriger Tätigkeit in einem Betrieb war einer Teilzeitverkäuferin gekündigt worden. Wenige Tage nach Erhalt des Kündigungsschreibens meldete sich die Frau krank und erschien nicht mehr zur Arbeit. Weil sie dem Arbeitgeber kein Arztzeugnis zustellte, wurde sie zehn Tage später fristlos entlassen.

### ALLES GUTE FÜR MUTTER UND KIND



Schaan FL · Zollstrasse 3 · Tel. 232 00 08

## Beginn der vierzigtagigen Fastenzeit mit dem Aschermittwoch

Den Gläubigen wird heute als Zeichen der Trauer und Bussgesinnung Asche aufs Haupt gestreut – Vergänglichkeit des irdischen Daseins

In den Kirchen treten die Gläubigen heute vor den Pfarrer, um sich Asche aufs Haupt streuen zu lassen. Die lärmige Fastnacht ist vorbei, die ruhigere Fastenzeit von vierzig Tagen beginnt mit dem Aschermittwoch.

Die vierzigtagige Fastenzeit nach dem Vorbild Jesu ist seit den ersten Jahrhunderten bekannt. Der Beginn der Fastenzeit wurde 1091 durch die Beschlüsse der Synode von Benevent auf den Aschermittwoch festgelegt. Heute noch begnügen sich gläubige Katholiken zum Teil mit einer einzigen vollen Mahlzeit an diesem Tag und verzichten auf Fleischgenuss, wie das die Kirche während vielen Jahrhunderten vorgeschrieben hatte.

Mit der Asche auf das Haupt und das Kreuz auf die Stirn erinnert der Priester an die Vergänglichkeit der Menschen und des irdischen Daseins. «Bedenke Mensch, dass du Staub bist und wieder zu Staub zurückkehrst», heisst es im Buch Genesis, das in der Kirche zitiert wird. Zu den Traditionen der Kirche gehört es auch, dass die Asche aus den gesegneten Zweigen des Palmsonntags des Vorjahres gewonnen wird.

Unser Archivbild zeigt das Streuen von Asche auf das Haupt von Gläubigen in der Kirche.



## CIPRA kündigt verstärkten Druck auf die Alpenkonvention an

Am vergangenen Wochenende tagte das Präsidium von CIPRA-International in Triesen – Jahreskonferenz findet im Herbst in Triesenberg statt

(s.e.) – Nächste Woche werden die heftig umstrittenen Regierungsverhandlungen in Sachen Alpenkonvention wieder aufgenommen. Sollte sich in absehbarer Zeit keine befriedigende Lösung auf der Suche nach einem Kompromiss abzeichnen, will die Internationale Alpenschutzkommission (CIPRA), gemäss einer gestern veröffentlichten Pressemitteilung, ihren Druck auf das Verkehrs-Protokoll der Alpenkonvention verstärken und mit den betroffenen Transitregionen und gemeinsamen Forderungen an eine breite Öffentlichkeit gelangen. Diesen Beschluss fasste das Präsidium der CIPRA-International, das vergangene Wochenende unter dem Vorsitz von Josef Biedermann in Triesen tagte.

Die Mitglieder des CIPRA-Präsidiums berieten im Rahmen ihrer diesjährigen Frühjahrssitzung am vergangenen Samstag und Sonntag in Triesen vorwiegend über das weitere Vorgehen in Sachen Alpenkonvention sowie über mehrere Projekte und die nächste CIPRA-Jahreskonferenz. Diese findet alle sieben Jahre in Liechtenstein statt und wird diesen Herbst, vom 28. bis 30. September 1995, in Triesenberg über die Bühne gehen. Dank einer privaten Stiftung, der Aage V. Jensen Charity Foundation Vaduz, die

65 000 Franken bewilligt hat, ist gemäss Pressemitteilung der CIPRA die Finanzierung der Konferenz weitgehend gesichert. Offen sei noch ein Betrag von 20 000 Franken, da die liechtensteinische Regierung vom beantragten Beitrag in der Höhe von 30 000 Franken nur 10 000 Franken bewilligt habe.

### Druck auf Verkehrsprotokoll verstärken

Die CIPRA werde, so einer der wichtigsten Beschlüsse des Präsidiums, ihren Druck auf das heftig umstrittene Verkehrsprotokoll der Alpenkonvention verstärken. Dies vor allem dann, wenn die Regierungsverhandlungen, die nächste Woche wieder aufgenommen werden, innert absehbarer Frist bei der Suche nach einem Kompromiss zu keiner befriedigenden Lösung kommen sollten. Die CIPRA will dann mit den betroffenen Transitregionen und gemeinsamen Forderungen in die breite Öffentlichkeit gehen. Bei den kommenden Verhandlungen bleiben die Verkehrsbeamten, entgegen des Beschlusses der Umweltminister vom 20.12. 1994 in Chambéry, erneut unter sich und ziehen weder die Umweltbeamten noch die internationalen NGO hinzu. Österreich und die CIPRA haben sich bisher vergeblich für einen Verzicht



Unter dem Vorsitz ihres Präsidenten Josef Biedermann tagte am vergangenen Wochenende das Präsidium der CIPRA-International in Triesen. (Archivbild)

auf neue alpenquerende Hochleistungsstrassen eingesetzt.

Die CIPRA wird bei der EU-Kommission zwei Projekte einreichen. Ein Pro-

jekt hat die Ausschöpfung aller bestehenden Kapazitäten zur Verlagerung des Gütertransportes auf die Schiene mit den gegenwärtig bestehenden Eisenbahnstrassen zum Ziel. Es soll gezeigt werden, dass der gegenwärtig geplante Bau von Basistunneln und Hochgeschwindigkeitstrassen nicht nur finanziell riskant, sondern auch ökonomisch zweifelhaft ist, da die bestehenden Trassen bei einer entsprechenden Modernisierung und Verbesserung der Rahmenbedingungen bereits heute den gesamten Gütertransport aufnehmen könnten.

Die Eingabe eines zweiten Projektes erfolgt auf Vorschlag der EU-Kommission selbst, die die Kooperation mit der CIPRA nach der erfolgreichen Informationskampagne zur Alpenkonvention 1994 fortsetzen möchte. Im Mittelpunkt dieses Projektes steht die Schaffung eines Netzwerkes von Modellprojekten für nachhaltiges Wirtschaften im Alpenraum. Die CIPRA will ausserdem ab Oktober 1995 mit der Ausarbeitung eines regierungsunabhängigen Alpen-Reports beginnen. Die derzeit laufenden Abklärungen zur Finanzierung über private Sponsoren und die Mitgliedsorganisationen sollen bis Ende Juni abgeschlossen sein.

## Jugendkampagne zum Schutz der Artenvielfalt

Bundesamt für Umwelt, Land und Landschaft als Initiator – Motto «Mund auf statt Augen zu»

Bern (AP) Im Mittelpunkt der Jugendkampagne des Buwal steht der Schutz der Artenvielfalt. Das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (Buwal) ruft junge Menschen zwischen zwölf und 25 Jahren zur aktiven Mitarbeit bei der Kampagne unter dem Motto «Mund auf statt Augen zu» auf, wie es am Dienstag mitteilte. Die Kampagne dauert insgesamt drei Jahre.

Auch im zweiten Kampagnenjahr seien verschiedene unkonventionelle Ereignisse vorgesehen, schreibt das Buwal. Für den Spätsommer ist die Ausstrahlung einer Fernsehserie über die Themen «Klima und Artenvielfalt» geplant, und im September startet die Aktion «Sprechende Bäume». Die Kampagne geht zurück auf den Erdgipfel von 1992 in Rio de Janeiro. Die Schweiz habe sich dort verpflichtet, gegen die weltweite Umweltzerstörung wirksame Massnahmen zu ergreifen.



Zum Mitmachen aufgerufen: zwei Jugendliche präsentieren im Rahmen einer Buwal-Kampagne selbstentworfene Plakate zum Thema «Schutz der Artenvielfalt». (AP)

## PTT-Zahlungsverkehr weiter automatisiert

Bern (AP) Im Zuge der Automation des Postzahlungsverkehrs beginnen die PTT Anfang März mit der Erfassung von rund 2,7 Millionen Unterschriftenkarten. Wie die PTT am Dienstag mitteilten, werden die Unterschriften durch schnellen und rationelleren Bearbeitung von Checks und Zahlungsaufträgen fotomässig eingelezen. Weil sich die bisherigen Unterschriftenkarten für die elektronische Erfassung nicht eignen, erhalten die Kontoinhaberinnen und -inhaber demnächst eine neue Karte zur Unterschrift, wie die PTT schreiben. Die Post werde die Kundschaft schriftlich über den Kartenaustausch informieren und gleichzeitig eine Telefonnummer bekanntgeben, über die allfällige Auskünfte im Zusammenhang mit der Aktion eingeholt werden können. Der Abschluss der Zahlungsverkehrsautomation ist für Ende des nächsten Jahres vorgesehen.